

Spannender Schlagabtausch um Wählergunst

AZ-Forum: Dieter Bischoff (CDU) und Ulla Schmidt (SPD) streiten engagiert um das Direktmandat

Von Stephan Mohne

Aachen. „Sie dürfen sich hier gerne ansehen“, munterte Bernd Büttgens die Kandidaten zur Lockerheit auf. Kein Problem, immerhin musste die heute 53-jährige Lehrerin und Bundesgesundheitsministerin Schmidt schon zu Schulzeiten einmal den jetzt 55-jährigen Rechtsanwalt und Mineralölhändler zu dessen Zeit als Karnevalsprinz küssen. Nach dem Lacherfolg, den diese von Albrecht Peltzer in den Saal geworfene Anekdote verbuchte, ging es dann zur Sache. Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheitswesen, Aachen – nur einige der Themen, bei denen sich die diskussionsfreudigen Politiker die Argumente um die Ohren pfefferten. Von bundesweit entscheidenden Fragen bis hin zur lokalen Finanzsituation und zum GeWoGe-Verkauf reichten die Themen. Die Antworten sollen für den Wähler Entscheidungshilfe sein, wenn er am 22. September seine Erststimme gibt. Thematisch geordnete Auszüge:

Aachen

Dieter Bischoff bekundet auf seinen Wahlplakaten, genau mit diesem Thema nach Berlin zu wollen. Das sei denn auch keine leere Worthülse, sondern programmatisch gemeint: „Nur wegen der rot-grünen Politik in Berlin müssen wir in Aachen die GeWoGe verkaufen“, so Bischoff. Eine Reform der Gemeindefinanzen müsse her. Von der Gewerbesteuer müssten die Kommunen sofort wieder 80 statt bisher 70 Prozent ausgeschüttet bekommen. „Die Bundesregierung stellt nicht den Haushalt der Stadt Aachen auf“, konterte Schmidt. Es gebe eine Reihe von Vorschlägen zur nötigen Reform, die derzeit diskutiert würden. Da in erster Linie der Konjunkturreinbruch zu Mindereinnahmen geführt hätte, müsse es eine von der Konjunktur unabhängige Gemeindefinanzierung geben. Und: „In dreieinhalb Jahren kann man nicht alles bereinigen, was die CDU in 16 Jahren falsch gemacht hat.“ Schmidt sprach sich deutlich gegen den GeWoGe-Verkauf aus. Die Stadt

Von Langeweile kann im Hinblick auf den 22. September keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Emotionen in der Bevölkerung gehen hoch. Das zeigte auch der sehr gut besuchte AZ-Talk mit den örtlichen Spitzenkandidaten gestern im Lenné-Pavillon. Immer wieder gab es seitens des Publikums

wechselseitig Szenenapplaus oder auch Missfallensbekundungen für Ulla Schmidt (SPD) und Dieter Bischoff (CDU). Ihnen fühlten die AZ-Redakteure Bernd Büttgens und Albrecht Peltzer auf den politischen Zahn. Und zwar – anders als beim Fernsehduell am Abend – nicht mit der Stoppuhr.



Engagierte Diskussion: Auf Einladung der AZ stritten die Aachener Spitzenkandidaten Dieter Bischoff (CDU) und Ulla Schmidt (SPD) um die Gunst der Wählerstimmen. Fotos: Michael Jaspers

müsse dieses soziale Steuerungselement in der Wohnungspolitik behalten. Vor allem im Sinne der vielen Mieter. Dem widersprach Dieter Bischoff: „Sie unterstellen jedem anderen Vermieter damit, unredlich zu sein.“ Zudem sei die Alternative eine Steuererhöhung: „Die will hier wohl keiner“, mutmaßte er. Ob es denn nächstes Jahr nicht ohnehin zu diesen Erhöhungen kommen müsse? Bischoff: „Das hoffe und erwarte ich nicht.“

Arbeitsmarkt

Naturgemäß das Wahlkampfthema, so wurde auch gestern dazu heftig debattiert. Bischoff plädierte

– vor allem im Sinne des Mittelstandes – dafür, Steuern zu senken, um mehr Arbeit zu schaffen. Denn nur, wenn die Firmen mehr Ertrag erwirtschafteten, die Bürger mehr Geld für den Konsum hätten, könne die Zahl der Arbeitslosen gesenkt werden. Dadurch habe auch der Staat deutlich weniger Ausgaben. Höhere Steuern machten im Gegenteil „die Unternehmen platt“. Bundeskanzler Schröder sei mit seinem Versprechen, die Arbeitslosigkeit definitiv auf 3,5 Millionen senken zu wollen, vor die Wand gefahren. Vielmehr gebe es heute 46 000 Jugendliche mehr, die ohne Stelle seien, als 1998. Dem widersprach die Ministerin und betonte, die Jugendarbeitslosigkeit sei um zwei Prozent gesunken. Als problematisch sieht auch sie es an, „sich auf Zahlen festzulegen“. Zu unsicher sei die wirtschaftliche Entwicklung, was sich am Beispiel der High-Tech-Unternehmen zeige. Die Bundesregierung könne keine Arbeitsplätze schaffen, sondern nur Rahmenbedingungen. Und hierbei sei erfolgreich gearbeitet worden, habe heute eine halbe Million Menschen mehr Arbeit.

Hartz-Gutachten

Das Hartz-Gutachten will die SPD laut Ulla Schmidt umsetzen, da es parteiübergreifend und neutral sei. Wieviele Arbeitsplätze dadurch geschaffen werden können, könne man heute nicht sagen. Zumindest zwei Dinge aus dem Gutachten sieht auch Bischoff als umsetzungswürdig an: mehr Effizienz bei der Arbeitsvermittlung und die Schaffung von 500-Euro-Jobs bei zehn

rechnet werde. Geachtet werde seitens der Medien jedoch zu sehr „auf die Verpackung statt auf die Inhalte“. Bischoff: „Natürlich bin ich hier etwas nervös und nicht frei von Versprechern. Das hat aber doch nichts mit den politischen Inhalten zu tun.“

Gesundheitspolitik

Für die Gesundheitsministerin steht fest: „Wir haben ein Qualitätsproblem.“ Die SPD setze für die Zukunft weiterhin voll auf die „solidarische Finanzierung“ des Gesundheitswesens. Daran führe kein Weg vorbei. Vorwürfe, die Beiträge seien unter der jetzigen Regierung stark gestiegen, kontert sie: „Die sind unter der alten Regierung viel stärker gestiegen.“ Dieter Bischoff sieht ein „Zwei-Klassen-System“ in der Medizin. Und sagt deutlich: „Zu sagen, die Beiträge würden stabil bleiben, ist unredlich.“ Aus dem Publikum kam dazu die Forderung, die Patienten sollten vom Arzt detaillierte Abrechnungen für die erbrachten Leistungen erhalten.

Bildung

Nach der Pisa-Studie will die SPD von Bundeseite vier Milliarden Euro für die Schaffung von Ganztagschulen beisteuern. Daran mangle es, so Schmidt. Für Bischoff gibt es eine Formel: „Lesen, Schreiben, Rechnen und den Umgang mit anderen Menschen lernen – das muss Schule leisten.“ Das regle die CDU besser, denn die CDU-regierten Länder stünden in der Studie vor den SPD-regierten.

Sieger des Duells

Den Sieger oder die Siegerin dieses engagierten Schlagabtauschs beim AZ-Wahlforum wird jeder der vielen Besucher mit seinem Kreuz am 22. September küren ...

Ergänzen Sie den Satz



Dieter Bischoff und Ulla Schmidt sollten spontan Sätze ergänzen. Ergebnis:



Wenn ich durch Aachen gehe, fällt mir auf, ...
... dass es vor allem in punkto Sauberkeit noch viel zu tun gibt.

An Stelle von Ulla Schmidt hätte ich nie ...
... das Gesundheitsministerium angenommen.

Als AKV-Ritter fand ich Edmund Stoiber ...
... leider nicht so gut wie erwartet. Er hätte sich besser an die AKV-Regie gehalten.

Nach dieser Veranstaltung bin ich ...
... noch beim Tag der Heimat.

Frau Schmidt wünsche ich, dass sie am 23. September ...
... noch gesund ist.

Aachen war für mich immer ...
... meine Heimat.

Wäre ich in der Aachener CDU, würde ich ...
... sofort austreten.

Wenn Gerhard Schröder mir sagen würde, hol mir mal ein Bier, ...
... würde ich das tun – auch als emanzipierte Frau.

Heute muss ich noch ...
... in Pflegeheime, um mit den Menschen zu diskutieren.

Am Tag nach der Wahl ist Herr Bischoff ...
... Mineralölhändler.



Volles Haus: Im Lenné-Pavillon blieb angesichts des spannenden politischen Schlagabtauschs unter der Moderation der AZ-Redakteure Albrecht Peltzer und Bernd Büttgens kein Platz frei.